

Mit seinen Feststellungen war dem Vorstand zunächst persönliche Genugtuung geleistet. Zum Besten des Gesamtvereins aber fasste er weiterhin den Plan, durch tiefgreifende Satzungsänderungen eine Wiederholung von Minderheitserfolgen künftig unmöglich zu machen. Der Grundgedanke war die Beseitigung des zwar nicht satzungsmäßigen aber tatsächlichen Vorrechts der Berliner und damit eine gleichmäßigere Verteilung des Stimmrechts auf sämtliche Mitglieder. Die Berliner sollten nur, wie jede andere Ortsgruppe, ihre Vertreter in den Ausschuss entsenden, der sich durch weitere Zuwahlen zu ergänzen und im wesentlichen die Befugnisse der bisherigen Hauptversammlung zu übernehmen hatte. Eine Mitgliederversammlung sollte nur für die ihr durch Gesetz vorbehaltenen Entscheidungen bestehen bleiben.

Am 16. und 17. April trat eine neue Ausschusssitzung zusammen, die erst den Bericht des Untersuchungsausschusses anhörte und genehmigte und dann in eingehender Arbeit einen endgültigen Satzungsentwurf aufstellte, der den Vorschlag des Vorstandes nur wenig abänderte. Die Beschlüsse erfolgten mit voller Einmütigkeit, und Vorstand und Ausschuss erklärten ausdrücklich, geschlossen zurücktreten zu wollen, falls die neuen Satzungen nicht genehmigt werden sollten.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung, die nun zum 1. Mai einberufen wurde, um den Bericht des Untersuchungsausschusses entgegenzunehmen und die neuen Satzungen zum Beschluss zu erheben, brachte erneute Überraschungen. Im gleichen Augenblick, in dem der Untersuchungsausschuss seinen vom Vereinsauschuss einmütig genehmigten Schlussbericht zur Kenntnis gab, wiederholte die Ortsgruppe Hannover, die sich übrigens nicht aufgelöst, sondern nur ihren Vorstand gewechselt hatte, durch den Mund eines neuen Vertreters die alten Vorwürfe, die unzweideutig und endgültig soeben erst als haltlos festgestellt worden waren. Am folgenden Tage — wegen der Verkehrsruhe am 1. Mai war die Sitzung vertagt worden — waren es aber auch andere Ausschussmitglieder, die für die gemeinsam gefassten Beschlüsse nicht mehr eintreten konnten, weil sie bei ihren Wählern — teils Künstlern, teils Ortsgruppen — für ihre erste Stellungnahme keine Billigung gefunden hatten und teilweise mit entgegengesetzten Weisungen versehen worden waren. Allseitige Zustimmung fand zwar der Plan des Vorstandes, den überragenden Einfluss der Berliner zu vermindern. Auf um so stärkeren Widerstand aber stieß der Gedanke, dem Ausschuss die bisherigen Befugnisse der Mitgliederversammlung zu geben. Man wünschte statt ihrer vielmehr eine Abgeordnetenversammlung und verlangte in dieser auch die Vertretung der nicht in Ortsgruppen zusammengeschlossenen Mitglieder gewährleistet. In vorgerückter Stunde wurde — auch erst unter Kämpfen — ein Sitzungsausschuss von zehn Herren gewählt.

Nun ist die Frage, ob ein Ausschuss mit weitgehenden Befugnissen oder eine Abgeordnetenversammlung den Unterbau der Vereinsleitung bilden solle, zweifellos nicht von so erheblicher Bedeutung, deshalb einen Verein von fünfeinhalbtausend Mit-

gliedern zu sprengen oder auch nur vorübergehend im Stich zu lassen. Wenn dennoch — nicht nur mehrmals während der Sitzung, sondern noch mehr hinterher — die drei Vorstandsmitglieder unmittelbar davor standen, ihren Entschluss zum gemeinsamen Rücktritt nunmehr durchzuführen, so war der Anlass zu dieser Stellungnahme mehr die Stimmung, die sich in dieser Versammlung gezeigt hatte, und die Worte, die in der teilweise sehr erregten Aussprache gefallen waren. Jedenfalls hatten die drei Vorstandsmitglieder den letzten Rest ihrer — durch ein halbes Jahr nur mühsam durchgeretteten — Arbeitsfreude verloren und mussten sich fragen, ob die Anerkennung durch die Mitglieder noch den bisherigen Einsatz an Zeit, Arbeit und Nerven lohne, ja ob es nicht unter ihrer persönlichen Würde sei, den Angriffen, die vielleicht geflissentlich auf ihre Entfernung vom Amte abzielten, weiter standhalten zu wollen.

Seither hat sich nun freilich gezeigt, was bei der Geschäftigkeit der Gegner zeitweilig schier in Vergessenheit geraten wäre, daß es eben doch nur eine kleine Minderheit war, die diese Kämpfe angeführt hatte, eine Minderheit unter den Mitgliedern, eine Minderheit unter der Zahl der Ortsgruppen. Es mehrten sich bald die Stimmen, die mit betonter Entschiedenheit dem bisherigen Vorstände ihr Vertrauen aussprachen. Zahlreiche Ausschussmitglieder stellten für den Fall eines Wechsels auch ihre Ämter zur Verfügung, und gewichtige Persönlichkeiten aus Berlin und dem Reich erklärten in ernststen Zuschriften einen Rücktritt des Vorstandes als gleichbedeutend mit dem Ende des Vereins.

So wuchs von neuem die Überzeugung der drei Vorstandsmitglieder, das unveränderte Vertrauen bei der weitaus überwiegenden Zahl der Mitglieder doch zu besitzen und dem Verein mit der Weiterführung der Ämter besser zu nützen als mit der Niederlegung. So konnte es auch den freundschaftlichen Bemühungen eines früheren Ausschussmitgliedes, das sich schon in der letzten Versammlung als fluger Vermittler bewährt hatte, gelingen, die zwei zurzeit anwesenden Vorstandsmitglieder mit dem Wortführer der Gegenseite zu einer Vorbesprechung zusammenzubringen, in der nicht nur über die Neubildung der Satzungen die — ohnehin ja nicht schwierige — Verständigung gefunden, sondern auch über manche andere grundlegende Meinungsverschiedenheit eine Annäherung angebahnt wurde. Die drei Vorstandsmitglieder haben deshalb auf ihre Rücktrittsabsichten zunächst verzichtet und sich der Aufgabe des Satzungsumbaus wieder zugewendet. Der Sitzungsausschuss wird demnächst seine Arbeiten beginnen.

Bis zu ihrer Beendigung wird allerdings wohl auch das dritte Viertel dieses Jahres hingegangen sein. Solange durfte aber die bisherige Zurückhaltung in den Nachrichten an die Mitglieder nicht andauern. Vor allem schien es an der Zeit, den Schlussbericht des Untersuchungsausschusses im vollen Wortlaut bekannt zu geben, damit das „Geraune“ auch da aufhöre, wo es seinen Weg in die Öffentlichkeit noch nicht gefunden hatte. Damit überlassen die drei Vorstandsmitglieder das Urteil über die Angriffe, denen ihre teilweise fünfzehnjährige, uneigennützigste Tätigkeit